

Auf Initiative des AK Umwelt der Kölner CDU wurde bei der Formulierung des Kommunalwahlprogramms 2020 dem Thema Umwelt ein neuer Stellenwert eingeräumt. Durch Verzahnung mit dem Thema Infrastruktur (Verkehr, Städtebau usw.) werden Umweltaspekte im angemessenen Umfeld behandelt.

Für den Einstieg in das 3. Hauptkapitel wurde der Formulierungsvorschlag des Arbeitskreises bis auf ein Wort übernommen. Nachfolgend sind neben diesem Einstieg zusätzlich die ersten Seiten des Abschnitts Umwelt (3.5), die ebenfalls völlig neu formuliert wurden, als Leseprobe dem Kommunalwahlprogramm 2020 entnommen.

3 Umwelt bewahren und Infrastruktur sanieren, weiter in die Zukunft investieren

Um auch in Zukunft weiter gut in Köln leben zu können, gilt es sowohl natürliche Umweltfaktoren wie auch von Menschen geschaffene Infrastrukturen dauerhaft zu erhalten und anzupassen. Die CDU ist davon überzeugt, dass Umwelt und Stadt bei einem intelligenten und rücksichtsvollen Lebensstil nicht gegeneinanderstehen, sondern in Einklang gebracht werden können. Die Aufgabe der Politik ist es dabei, die zukünftigen Herausforderungen rechtzeitig zu erkennen und die nötigen Investitionen in Erhalt und Ausbau der Infrastrukturen unter Bewahrung einer lebenswerten Umwelt zu ermöglichen.

3.5 Umwelt

Umweltschutz ist gerade für uns Christdemokraten eine Selbstverständlichkeit. Die Bewahrung der Schöpfung ist nicht nur ein Leitgedanke unseres Weltbilds, sondern in allen Umweltbereichen zunehmend auch Lebens- und Überlebensschutz. Um dieser zentralen Aufgabe gerecht zu werden, müssen vielfältige Belastungen von Luft, Boden und Wasser erkannt, und soweit wie möglich reduziert werden. Die CDU setzt dabei weniger auf Verbote potenziell belastender Aktivitäten als auf den beschleunigten Einsatz intelligenter, energiesparender und emissionsvermeidender Technik. Wir unterstützen beispielsweise das Zero Waste-Konzept, um die Menge des Restmülls in der Stadt weiter zu reduzieren. Wichtig ist dabei auch der Schutz natürlicher und für den Menschen lebenswichtiger Ressourcen, zu denen in der Stadt nicht zuletzt auch Bebauungs- und Verkehrsflächen gehören. Wir wollen eine naturnahe und humane Gestaltung, bei der die Flächen effektiv genutzt und entlastet werden, z. B. durch unterirdischen Warentransport.

3.5.1 Klimaschutz

Die CDU Köln sieht den Klimawandel als eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Wir setzen dabei jedoch nicht auf einen Kampf gegen vermeintlich schuldige Bürger und Industriezweige, die Voraussetzung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes sind. Wie schnell der Umbau CO₂-emittierender Techniken gelingt, hängt allein von der Entwicklung alternativer Technologien ab. In Konsequenz dieser Einsicht setzen wir uns heute für die Beseitigung unnötiger Hemmnisse, z. B. beim Ausbau der Stromnetze, ein.

Wir glauben, dass die langfristigen Ziele nur durch progressive Technologieentwicklung zu erreichen sind, die sich am besten durch ausreichende Förderung von Wissenschaft und Technik sowie ein positives Umfeld beschleunigen lassen. Wir fordern daher nachhaltige und zeitgemäße Spielregeln für die Wirtschaft. Nur so werden Klimaschutz und soziale Marktwirtschaft kein Widerspruch, sondern in Kombination sogar der nachhaltigste Weg, eine ökologische und menschliche Gesellschaft der Zukunft zu gestalten. Die Bürger sollten bei allen Maßnahmen miteinbezogen sein und soweit möglich aktiv mitwirken können. Letztlich kann das auch zu einem breiteren Verständnis für den Klimaschutz beitragen.

Im Rahmen des städtischen Klimaschutzes sind Maßnahmen in zwei Richtungen voranzutreiben:

1. Maßnahmen, die gegen bereits auftretende Folgen des Klimawandels schützen, wie Starkregen, Orkane oder Hitzeperioden. Die dazu im Bereich der Stadtplanung bereits begonnenen Hilfen und Regelungen sind zügig voranzutreiben, um unnötige Schäden aus extremen Wetterlagen zu vermeiden. Das gilt vor allem im Bereich der öffentlichen und privaten Gebäudesicherung und für den Personenschutz (z. B. effektivere Warnsysteme und ausreichende Kapazitäten für Notmaßnahmen).
2. Maßnahmen, die geeignet sind, die Klimaziele Deutschlands in Bezug auf Reduzierung klimaschädlicher Emissionen (CO₂, Methan u.a.) zu erreichen. Der 2019 in Köln ausgerufenen Klimanotstand kann nur dann hilfreich sein, wenn damit Entscheidungen der Stadt Köln in einem überschaubaren Zeitraum wirklich zu Einspareffekten auch in ihren absehbaren Folgen führen. Vor allem die Bereiche Wärmedämmung der Gebäude und Energie- bzw. CO₂-Minderung im Straßenverkehr sind es, auf die wir besondere Aufmerksamkeit legen sollten. Grundsätzlich sollten die volkswirtschaftlich günstigsten Projekte zur CO₂-Minderung priorisiert werden. Davon völlig unabhängig befürworten wir eine bestmögliche Weiterentwicklung alternativer Antriebstechniken, wobei neben der reinen E-Mobilität auch Hybride und andere Antriebsmethoden wie die Wasserstoff-Technologie eine Chance erhalten müssen, selbst wenn es sich dabei wie in diesem Fall nur um eine nichtfossile, umweltfreundliche Verbrennungstechnologie handelt.

In welchem Umfang eine Fortbewegungs-Technologie gar flächendeckend ausgebaut wird, sollte möglichst zeitnah aufgrund ihres technischen und ökologischen Standes entschieden und gefördert werden. Auch internationale wirtschaftliche Aspekte und Verzahnungen dürfen dabei nicht außer Acht gelassen werden, da der Klimaschutz nur weltweit einen Sinn macht und effektiv wird. Das Ziel muss sein: überzeugend, aber mit Verstand voranzugehen. Nationale Planwirtschaft und Alleingänge lehnt die CDU auch hier ab. Wir wollen, dass in Köln bis 2025 1.000 Ladesäulen für Elektroautos im öffentlichen Straßenraum errichtet sind. Dazu wollen wir – nach der 1. Phase des Aufbaus von 200 Ladesäulen bis 2021 – in einer 2. Phase weitere 800 Ladesäulen bis 2025 installieren.

3.5.2 Luftreinhaltung

Der Verkehr ist eine nicht unerhebliche Quelle von Schadstoffen auch in der Kölner Luft, wie man gut am parallelen Rückgang fast aller Luftverunreinigungen mit der Verkehrsdichte beobachten kann. Erhöhte Risiken für Anwohner stark befahrener Straßen zeigen sich vor allem für Schadstoffe mit geringer Reichweite wie dem grobkörnigem Feinstaub, der zumeist aus Abrieben und Aufwirbelung des Straßen- und Schienenverkehrs besteht. Da solche Abriebe und Aufwirbelungen vorwiegend beim Bremsen und Anfahren entstehen, sollte unnötiger Stop-and-Go-Verkehr vermieden werden. Daher gilt weiterhin die Forderung der CDU nach reibungsloserem Verkehr durch Leitsysteme und hilfreiche Ampelschaltungen sowie genügend Parkmöglichkeiten.

Gezielte Verknappung von Verkehrs- und Parkräumen sind dagegen meist ungeeignet, den innerstädtischen Verkehr zu reduzieren, sondern führen zu mehr Staus, Feinstaub und CO₂-Ausstoß. Hier sind intelligentere Steuerungsmaßnahmen sowie die Vermeidung von Parkplatzsuchverkehrs umzusetzen. Wir wollen Mobilität nicht verhindern, sondern so umweltneutral wie möglich gestaltet.

Hierzu wollen wir sparsame Kraftfahrzeuge und Fahrweisen mit geringerem Energieverbrauch noch attraktiver machen. Das senkt auch den Ausstoß von Stickoxiden, deren Messwerte in Köln noch zu häufig über den Grenzwerten liegen. Ähnlich wie eine Expertenkommission 2019 der deutschen Akademie der Wissenschaften sehen wir darin jedoch keinen unmittelbaren Grund mit Fahrverboten für Dieselfahrzeuge zu reagieren, die im Energieverbrauch und zugehörigem CO₂-Ausstoß eher Vorteile gegenüber anderen Fahrzeugen aufweisen.

3.5.3 Umweltfreundliche Mobilität

Wir unterstützen Anreize, das Auto stehen zu lassen und auf andere Formen der Mobilität umzusteigen. Neben den deutlich verbesserten Nutzungsmöglichkeiten von Fahrrädern gilt das vor allem für den Umstieg auf den ÖPNV. Hier gilt es vor allem das Angebot von Park & Ride auszubauen. Freie Kapazitäten sollten durch kostenloses Parken oder Gültigkeit des Parktickets für den ÖPNV attraktiver werden. Dadurch könnten speziell in der Innenstadt unnötige Kurzfahrten, z. B. zwischen zwei Parkhäusern, vermieden werden.

Der ÖPNV selbst sollte ganz auf umweltschonende Antriebe setzen. Speziell im Bereich der Innenstadt sind das wegen der geringeren Emissionen schon heute elektrische Antriebe, selbst wenn sie über Land – aufgrund mangelnder Reichweite, des Batteriebedarfs und der hohen CO₂-Bilanz bei der Herstellung – noch nicht die beste Alternative darstellen.

Heute schon Verbrennungsmotoren nicht mehr zu fördern und vorseilend zu verbieten, selbst wenn sie wie der Diesel in der CO₂-Bilanz und anderen Umweltfaktoren noch mithalten können, lässt sich aus unserer Sicht dagegen nicht nachvollziehen. Eine Förderung bzw. Nicht-Förderung darf auf keinen Fall dazu verleiten, Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor auf dem aktuellen technischen Stand vorzeitig zu verschrotten und verfrüht Neue zu erstellen, die die CO₂-Bilanz noch nicht wirklich verbessern.

Fortsetzung siehe Seite 72f unter:

[CDU007 Wahlprogramm lang A4 R1 03.pdf \(cdu-koeln.de\)](#)